



im DBB

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen
Landesverband Berlin e.V.**Presseerklärung Nr. 6 / 2011**

02.04.2011

Stellungnahme zum Lehrerstreik in Berlin

Die GEW - Berlin hat Lehrerinnen und Lehrer - egal ob verbeamtet oder angestellt - aufgerufen, am 5. April 2011 – fünf Minuten vor 12.00 Uhr – die Arbeit mit einem Warnstreik niederzulegen und damit Unterricht ausfallen zu lassen, um für Arbeitsentlastungen der Kolleginnen und Kollegen zu demonstrieren.

Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer sind berechtigt. Die Forderungen müssen jedoch **realistisch** sein und können nach Auffassung des Vorstands des VLW nicht durch Arbeitskampfmaßnahmen erzwungen werden.

Der Streik ist eindeutig rechtswidrig. Er ist ein politischer Streik. Den streikenden Lehrerinnen und Lehrern drohen arbeitsrechtliche und beamtenrechtliche Konsequenzen. Für die angestellten Lehrerinnen und Lehrer gilt Friedenspflicht.

Zu den Forderungen der GEW im Einzelnen:

Der Vorstand des VLW Berlin ist der Meinung, dass die alte Forderung des VLW von **105%** der **Personalausstattung** (102% plus 3% bis 5% PKB-Mittel zur freien Verfügung des Schulleiters) realistisch und deswegen durchsetzbar ist. Die von der GEW geforderten 110% sind unrealistisch und nicht bezahlbar.

Nicht haltbar ist, dass eine angemessene **Altersermäßigung** für beamtete Lehrerinnen und Lehrer gestrichen bleiben soll, während angestellte sie erhalten. Der Vorstand des VLW fordert deshalb eine **Gleichstellung mit den angestellten Lehrern**, nämlich spätestens vom 58. Lebensjahr an eine Stunde Altersermäßigung, ab 60. Lebensjahr zwei Stunden.

Die Umwandlung der **Arbeitszeitkonten** in Entlastungsstunden für Lehrerinnen und Lehrer ab Schuljahr 2011/2012 ist notwendig und längst überfällig. Der Vorstand des VLW könnte sich vorstellen, dass diese Forderung des VLW sehr schnell und unkompliziert umgesetzt werden kann.

Ein Verzicht auf **Anordnung von Mehrarbeit und Überstunden** für ältere Lehrerinnen und Lehrer ist ebenfalls notwendig. Die Senatsschulverwaltung sollte kurzfristig positiv im Sinne einer Arbeitsentlastung entscheiden.

Der Vorstand des VLW ist der Auffassung, dass die Arbeitsbelastung der einzelnen Lehrerin und des einzelnen Lehrers definitiv zu hoch ist und dass insbesondere die älteren Kolleginnen und Kollegen dringend eine Entlastung benötigen.

Wir fordern den Bildungssenator Jürgen Zöllner auf, unsere realistischen Forderungen noch in diesem Schuljahr zu erfüllen.

Maria Gramlich
Vorstandsvorsitzende
VLW Landesverband Berlin

Klaus Gehrmann
Pressesprecher
VLW Landesverband Berlin